Bericht zum Postulat

vom 24. März 2011, überwiesen am 6. Juni 2011
08.08.00

GP-Fraktion
betreffend Strom ohne Atom

Wortlaut des Postulats

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Energieeffizienz der öffentlichen Gebäude gesteigert werden kann und wie lokale Stromproduktionsquellen gefördert werden können. Diese Massnahmen sind ein Beitrag auf kommunaler Ebene, um den Ausstieg aus der Atomtechnologie in der Schweiz möglichst bald zu ermöglichen.

Begründung

Die Ereignisse in Japan haben vielen Menschen ihre Existenzgrundlagen entzogen und äusserst schmerzhaft aufgezeigt, welche Risiken sich hinter der atomaren Stromproduktion verbergen. Müssten die AKW-Risiken entsprechend dem Gefahrenpotential versichert werden, so wäre diese Art der Stromproduktion schon lange jenseits der Rentabilität. Die Zeit der Stromgewinnung aus Atomkraftwerken neigt sich auch in der Schweiz sehr bald dem Ende entgegen, andere Energiequellen sind gefragt.
Die Stadtverwaltung verzichtet bereits heute auf den Bezug von Atomstrom, sie deckt den Gesamten Strombedarf mit "EKZ-Aquastrom", der zu 100% aus erneuerbarer Wasserkraft generiert wird.

Damit die Schweiz möglichst bald ohne Atomstrom auskommen kann, ohne auf Stromimporte angewiesen zu sein, gilt es nun alternative Energiequellen zu erschliessen und Effizienzsteigerungsmassnahmen zu fördern.

Die Grünen empfehlen dem Stadtrat folgende Punkte zu untersuchen:

- Bei allen öffentlichen Gebäuden soll bei einem Neubau/Umbau nicht nur betreffend Heizenergieverbrauch sondern auch betreffend Stromverbrauch das Minergielabel angestrebt werden. Der Umbau der Bibliothek soll ein erstes positives Beispiel sein.
- Die öffentlichen Gebäude inklusive Schulen sollen auf ihr Energiesparpotential untersucht werden. Für die Grünen steht dabei eine Zusammenarbeit mit der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) im Fokus. Die EnAW hat mit dem KMU-Modell ein Energiesparprogramm erarbeitet, bei dem der Auftraggeber in mehrfacher Hinsicht profitieren kann: Er profitiert von tieferen Energiekosten und kann auch von der CO_2-Abgabe dispensiert werden. Das KMU-Modell legt bei den Massnahmen ein starkes Gewicht auf die Wirtschaftlichkeit, zuerst gilt es die Punkte mit kurzen Payback-Zeiten zu realisierten. Über 2000 KMUs in der Schweiz haben heute mit der EnAW ein Energiesparziel vereinbart und so viel Energie und Geld gespart. Abklärungen der Grünen haben ergeben, dass die EnAW diese Dienstleistung auch für Organe der öffentlichen Hand anbietet.
- Bei grossen öffentlichen Heizanlagen soll in Zukunft geprüft werden, ob mit einer Wärmekraftkopplung auch Strom produziert werden kann.
- In Wädenswil hat es noch viele gestaute und kanalisierte Gewässer; die Grünen wünschen sich vom Stadtrat eine Prüfung, welche Gewässer ohne grosse Kunstbauten und mit wenig negativen Auswirkungen auf die Landschaft zur Stromproduktion genutzt werden können. Ein gutes Beispiel wurde kürzlich auf privater Basis im Bachgaden erstellt und am 10. Dezember 2010 eingeweiht.

- Viele Dächer von öffentlichen Gebäuden eignen sich zur Stromproduktion mit Solarzellen, welche in den letzten Jahren markant preiswerter geworden sind. Dank der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) lassen sich Solaranlagen heute rentabel betreiben. Die Stadt Wädenswil soll prüfen, welche Gebäude sich zur Stromproduktion eignen und entsprechende Projekte umsetzen. Speziell geeignet sind sicher Schulhäuser, so können die Jugendlichen die Möglichkeiten von solarer Stromerzeugung vor Ort erfahren.

Bericht des Stadtrats

Vorbemerkung

Der Stadtrat unterstützt die Ziele der Postulanten im Grundsatz. Er hat die Arbeitsgruppe Energie aufgelöst und per 1. März 2012 eine Energiekommission eingesetzt.

Neu in dieser Kommission vertreten ist der Wädenswiler Energiefachmann Bernhard Brechbühl. Von der ZHAW hat der Leiter der Fachstelle für erneuerbare Energien, Jürg Rohrer, Einsitz genommen. Es ist vorgesehen, dass die Stadt Wädenswil bei der ZHAW vermehrt mögliche Studienprojekte für die Semester- oder Bachelorarbeiten der ZHAW bereitstellt.

Bei der Beantwortung des Postulats betreffend Energiestadt Gold vom 6. Februar 2012 hat der Stadtrat seine Absicht bekundet, das Goldlabel bis 2018 zu erreichen. Die Ziele sind deckungsgleich, sie zu erreichen ist aber aufwändig. Es braucht Zeit, und mit den vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen dürfen keine Wunder erwartet werden.

Bauen im Minergiestandard auch beim Strom

Der Standard umfasst in erster Linie die Beleuchtung. Die Anforderung an die MINERGIE®-Beleuchtung ist erfüllt, wenn deren Elektrizitätsbedarf um höchstens 25% der Differenz zwischen Grenz- und Zielwert über dem Zielwert der SIA-Norm 380/4 liegt. MINERGIE® empfiehlt, alle MINERGIE®-Bauten mit Haushaltgeräten der Klasse A/A+ auszurüsten. Diese Vorgabe hat der Stadtrat bereits in den Beschaffungsrichtlinien vom 25. Januar 2010 gemacht. Die Qualität der Geräte ist jedoch nicht Bestandteil des MINERGIE®-Grenzwertes. Standby-Betrieb soll bei möglichst allen Geräten vermieden werden.

Abklären des Einsparpotenzials

Es besteht eine Liste sämtlicher Immobilien. Darin werden durch die Anlaufstelle Energie die Kenndaten erfasst. Gestützt darauf werden die möglichen Massnahmen und die Prioritäten festgelegt. Eine Zusammenarbeit mit der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) oder einer anderen Fachinstanz wird geprüft, sobald das Grundlagenpapier vollständig vorliegt.

Wärmekraftkoppelungsanlagen

Bei grösseren Heizanlagen wird auch die Wärmekraftkoppelung zur Stromerzeugung geprüft werden. Wo darauf verzichtet wird, soll dies künftig in der Weisung begründet werden.

Kleinwasserkraftwerke

Die Nutzung der Wasserkraft ist sehr sinnvoll. Kleinwasserkraftwerke stehen aber häufig in der Kritik von Umweltverbänden. In unserer Gemeinde bestehen nur wenige mögliche Standorte für solche Anlagen. Trotzdem ist diese Möglichkeit näher zu prüfen. Eine solche Untersuchung soll eine künftige Semester- oder Bachelorarbeit der ZHAW sein.

Solarnutzung

Die Nutzung der solaren Energie ist ein primäres Ziel des Stadtrates. Da solche Anlagen bei der Sanierung der Dächer entfernt werden müssen, entstehen dadurch deutlich höhere bauliche Sanierungskosten. Der Bau einer Solaranlage kann daher nur auf sanierten Dächern erfolgen oder idealerweise gemeinsam mit einer anstehenden Sanierung.

Ein aktuelles Beispiel ist die Alterssiedlung "Bin Rääbe", Schlossbergstr. 13/15. Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit der Dachsanierung bereits vorgängig Fr. 205'000.-- für die Warmwasseraufbereitung und Fr. 170'000.-- für eine Fotovoltaikanlage bewilligt. Die Anlagen werden 2012 realisiert.

Ein weiteres Beispiel ist die Liegenschaft Florhofstr. 7. Bei dieser Liegenschaft muss die Heizung ersetzt werden. Studierende der ZHAW untersuchen diese Liegenschaft im Rahmen einer Semesterarbeit. Erwartet wird ein Bericht, welche energetischen Massnahmen möglich und sinnvoll sind. Zu untersuchen sind die Gebäudehülle und die möglichen Energiequellen zur Beheizung (Heizungskonzept). In die Überlegungen miteinzubeziehen ist auch ein Abbruch und Neubau.

Antrag auf Abschreibung des Postulats

Gestützt auf diesen Bericht wird dem Gemeinderat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Wädenswil, 25. Juni 2012
wst/thr/mim

Stadtrat Wädenswil

Philipp Kutter, Stadtpräsident Heinz Kundert, Stadtschreiber